



Die Redaktion hat Christina Pfestroff um ihre Einschätzung gebeten, da sie relativ neu in der pax christi-Diskussion, aber fachlich und sachlich in der Thematik gut verankert ist.



Foto: privat

Christina Pfestroff

Partnerschaft mit Friedenskräften

Ratschlag Nahost skizziert Wege aus der Polarisierung

Die Initiative von Präsidium und Nahostkommission, über das Thema Nahost in pax christi erneut und vertieft ins Gespräch zu kommen, ist in der Bewegung auf gute Resonanz gestoßen. Der Ratschlag der deutschen Sektion vom 11. bis 12. Juli in Kassel ermöglichte einen offenen Austausch – auch wenn bedauert wurde, dass die engagiertesten Kritiker des Mainzer Nahost-Antrags dem Treffen ferngeblieben waren.

Die Aussprache war im Erleben vieler Teilnehmender dennoch der Anfang eines konstruktiven Prozesses für pax christi. Das lag nicht zuletzt an den Impulsen der beiden Gäste aus der Region, der palästinensischen Theologin Viola Raheb (Wien) und des israelischen Historikers Moshe Zuckermann (Tel Aviv).



Moshe Zuckermann

In den Diskussionen der beiden Tage wurde im Anschluss daran offen und kontrovers um die Frage gerungen, wie eine aktualisierte Positionsbestimmung der Sektion angesichts der deutschen Verantwortung für die Shoah aussehen könnte. Meiner Wahrnehmung nach wurden vier sehr konkrete Wege aus der gegenwärtigen Polarisierung der Kontroverse deutlich.

Klarer Bezug auf das Mandat von pax christi

Es wurde vielfach der Wunsch nach größerer Anschlussfähigkeit der Nahost-Position an den

Diskurs der deutschen Sektion insgesamt geäußert. Nach dem Verständnis einer Mehrzahl der Teilnehmenden entspringt das Mandat für pax christi Partnerschaft mit Friedenskräften in Nahost dem Anliegen, die Ursachen von Ungerechtigkeit, Gewaltanwendung und Krieg zu bekämpfen. Die deutsche Sektion darf dazu im Kontext des Nahen Ostens nicht schweigen. Problematisch wäre es allerdings, wenn sie sich die Kategorien der Konfliktbeteiligten aneignen würde, warnten einige Teilnehmende des Ratschlags. Bei allen inhaltlichen Berührungspunkten der eigenen Position zu Diskursen der Konfliktparteien – wie etwa der palästinensischen kontextuellen Theologie oder der Postzionismus-Debatte in Israel – bleibe pax christi auf den biblischen Friedensauftrag und diesem entsprechende politische und völkerrechtliche Kriterien verwiesen.

Beschränkung auf die gegenwärtige Konfliktsituation

Die Mehrheit der Teilnehmenden machte deutlich, dass ihrer Einschätzung nach der Streit um Geschichte derzeit eher einer konsensfähigen Positionsbestimmung im Wege steht. Auf breite Unterstützung stieß daher die Überlegung, dass ein künftiges Papier zu Nahost sich auf die Analyse der gegenwärtigen Konfliktsituation beschränken sollte. Es führt nach

Meinung vieler Teilnehmenden nicht weiter, wenn sich die deutsche Sektion selbst mit kontroversen historischen Konstrukten („Folgeopfer“, „Landnahme“, „Falle der Zionisierung“) in den Kampf der Narrative des Nahostkonflikts einmischt. pax christi solle stattdessen beharrlich an konstruktive Elemente zur Konfliktlösung erinnern: Frieden, Gerechtigkeit und die Einhaltung zwingender Völkerrechtsgrundsätze durch alle Konfliktparteien.

Ausrichtung auf konkrete politische Veränderungen

Von vielen Teilnehmenden des Ratschlags wurde vor zu großer Selbstgewissheit und zu großer Selbstbezogenheit bei der Positionsbestimmung der deutschen Sektion gewarnt. Es sei genau zu prüfen, wo die katholische Friedensbewegung konkret gefragt sei – zum Beispiel dort, wo die Kirchen der Bundesrepublik, die deutsche Regierung oder der Rat der Europäischen Union politisch auf den Konflikt einwirken. Es wurde von vielen Teilnehmenden des Ratschlags die Empfehlung gegeben, das Engagement auf die positive Veränderung konkreter politischer Entscheidungen dieser



Moshe Zuckermann und Viola Raheb trugen mit wertvollen Gesprächsimpulsen zu einer offen und engagiert geführten Diskussion bei.

Alle Fotos: Wiltrud Rösch-Metzler

Institutionen auszurichten (z.B. kirchliche und staatliche Entwicklungszusammenarbeit, Außenhandels- und Zollpolitik, Rüstungskoperationen).

Ansatz bei der vielfältigen Zusammenarbeit mit Partnern

Politische Einmischung, so die Auffassung einer klaren Mehrheit der Teilnehmenden, ist auch dort geboten, wo enge Partner von pax christi in Israel und den palästinensischen Gebieten Unterstützung für Projekte oder Kampagnen von der deutschen Sektion erbitten. Der Ratschlag ermutigte die Kommission ausdrücklich, stärker als bisher konkrete Aktionen und Kampagnen von Friedenskräften in der Region in die Bewegung hinein zu vermitteln, damit die partnerschaftliche Zusammenarbeit sich vertiefen und ausweiten kann. Dabei wurde aber eindringlich vor einer zu großen



Viola Raheb

Identifikation mit den Anliegen der Partner gewarnt. Die Herausforderung für pax christi sei es vielmehr, in der Zusammenarbeit jeweils eine wirkungsvolle eigene Rolle zu definieren.

Partnerschaft mit Friedenskräften

Neben diesen vier Ansatzpunkten zur Lösung der Polarisierung zeigte der Ratschlag aus meiner Sicht eine weitere klare Tendenz: Wachsendes Unbehagen gegenüber dem zur Formel erstarrten Bekenntnis zur *doppelten Solidarität* mit zwei Völkern, Staaten oder Staatskonzepten. Was in der konkreten Arbeit der deutschen Sektion seit langem erlebbar wird, sei etwas viel Dynamischeres, viel Herausfordernderes – und zugleich viel Bescheideneres: *Partnerschaft mit Friedenskräften*, in denen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Weltanschauungen und Religionszugehörigkeiten für eine gerechte Lösung des Konflikts streiten und arbeiten. ■

Christina Pfestroff, Mitarbeiterin des Teams Nahost beim Evangelischen Entwicklungsdienst, arbeitet seit Anfang des Jahres in der Nahostkommission mit. Im Herbst 2002 hatte sie an der pax christi-Multiplikatoren-Reise nach Israel/Palästina teilgenommen.

Präsidiums-Notizen

■ Das Präsidium diskutierte auf seiner Sitzung im Juni die **Frage neuer Kandidaturen auf der nächsten Delegiertenversammlung** vom 30.10. bis 1.11. 2003. Alle Bistumsstellen sind aufgerufen, Kandidaten zu benennen. Etwa zwei Drittel des jetzigen Präsidiums sind ihrerseits bereit, erneut zu kandidieren, darunter auch der Geschäftsführende Vorstand. Man darf dies als Erweis bisheriger guter Zusammenarbeit sehen, aber auch als Wunsch zur Erneuerung und Verbreiterung der Präsidiumsarbeit.

■ Auf einem **Ratschlag Nahost**, der zusammen vom Präsidium und der Nahostkommission am 11./12.7.2003 durchgeführt wurde, konnte die Diskussion über die Aktualisierung der „doppelten Solidarität“ konstruktiv weiter geführt werden (s. den nebenstehenden Beitrag von Christina Pfestroff.).

■ Am 20.5.2003 veröffentlichte der Geschäftsführende Vorstand eine bei Nichtregierungsorganisationen und offiziellen Stellen beachtete, aber in den Medien weitgehend totgeschwiegene **Erklärung zum israelischen Mauerbau**, offiziell „Sicherheitszaun“ genannt: „Die Mauer in der Westbank schafft keine Sicherheit“. Darin heißt es:

„pax christi kritisiert den Bau dieser Mauer. Er ist unverhältnismäßig, weil er ganze Familien und Dörfer in ihrer gesamten Existenz bedroht, um einzelne Extremisten abzuwehren. Die Mauer verstößt gegen das Völkerrecht und sie verstärkt die Vertreibung der Palästinenser, ohne das erklärte Ziel, nämlich Sicherheit, zu erreichen. (...) Der Bau der Mauer ist Ausdruck der Ohnmacht der Sharon-Regierung, die Sicherheit der israelischen Gesellschaft auf politischem Wege gewinnen zu können. Sie begünstigt eine Politik der langsamen Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus ihren angestammten Gebieten. Die Mauer kann einen gerechten Frieden nicht ersetzen; sie fördert vielmehr die Gewalt.

pax christi fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit ihren europäischen Partnern Initiativen zu entwickeln und durchzuführen, um die israelische Regierung zu einem Stopp des Mauerbaus und zu einer anderen Sicherheitspolitik zu bewegen. Alle Initiativen zur Vertrauensbildung und zur Überwindung von Feindbildern und Abgrenzungen verdienen gleichfalls Unterstützung.“

■ Das Präsidium beschloss, die **Initiative UNCOPAC** zu unterstützen, die derzeit international als Aufforderung an die UNO auf den Weg gebracht wird, eine Kommission zur Kriegsprävention zu schaffen: „United Nations Commission on Peace and Crisis Prevention“; so wird eine Vision konkret: „Zur Beförderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wird UNCOPAC im Vorfeld von gewaltträchtigen Konflikten präventiv tätig. Sie (die Kommission) initiiert und fördert Maßnahmen zur Weiterentwicklung der friedlichen Streitbeilegung und Krisenprävention. Sie unterstützt Schritte zur weltweiten Stärkung von Friedensarbeit, Friedenserziehung und Friedensforschung und koordiniert diese auf internationaler Ebene.“ (aus dem Aufruf zur Unterstützung der Initiative Pro UNCOPAC. Nähere Informationen unter www.pro-uncopac.info)

■ Bei der nächsten Delegiertenversammlung wird das Präsidium mindestens drei Anträge einbringen: zur Gründung einer Stiftung; zur Gründung einer Kommission, die die Arbeit der Präsidiums-AG „Militarisierung, Rüstung, Krieg“ weiter entwickelt, sowie zum Kongress 2005. ■

Reinhard J. Voß, Generalsekretär